

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1912**

144 (25.5.1912) Zweites Blatt

**Begabungspreis:**  
In Karlsruhe und Vororten: frei ins Haus geliefert vierteljährlich M. 1.05, an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 50 Pfennig. Auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich M. 2.22. Am Posthalter abgeholt M. 1.50. Einzelnummer 10 Pfennig.

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen

**Regel:**  
Die einseitige Beilage über den Raum 20 Pfennig. Kellereizeile 45 Pfennig. Rabatt nach Tarif.

Anzeigenannahme:  
größere spätestens bis 12 Uhr mittags, kleinere spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanstalt:  
Expedition Nr. 203.  
Redaktion Nr. 2994.

Zweites Blatt      Begründet 1803      Samstag, den 25. Mai 1912      109. Jahrgang      Nummer 144

## Pfingstsonntag und Pfingstmontag bleibt unser Bureau geschlossen.

Montag, den 27. Mai erscheint kein Tagblatt.  
Das Blatt vom 28. Mai wird erst am Dienstag mittag ausgetragen.

Anzeigen für die Dienstags-Nummer  
erzuchen wir größere schon heute Samstag uns zu gehen zu lassen; kleinere können auch noch Dienstag morgens von 7 bis 9 Uhr aufgegeben werden.

## Tribe Pfingsten.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)  
O. B. Wien, Ende Mai 1912.  
Seit ich vor kurzem unter dem ominösen Titel: „Rattlosigkeit“ über die innerösterreichischen Zustände berichtet habe, da sich in der Lage dieser unglückseligen Monarchie wenig zum Besseren gemanert. Noch immer beherrscht die Frage des Wehrgesetzes in Ungarn auch die cisleithanische Situation. Da sie beherrscht sie sogar täglich in steigendem Grade. Es läßt sich nicht länger verhehlen, noch beschönigen, daß die Dinge in Ungarn wieder einmal einer ersten Wölung zutreiben. Man hoffte in hiesigen und diesen nahe liegenden Kreisen, die Berufung des Ministerpräsidenten v. Lulacs würde sich als glücklicher Griff erweisen. War es doch bekannt, daß der homo novus sich schon seit Jahren auf seine künftige hochpolitische Mission durch Pflege guter Beziehungen zu den Oppositionsparteien vorbereitete. Herr v. Lulacs galt als der einzige Mann, der es vermochte, den ungebirgigen Juths und seinen Anhang zum Frieden und zur Raikon zu bringen. Schon darum, weil sein eigenes politisches Programm dem der Oppositionsführer merklich näher stand, als irgend ein anderes Regierungsprogramm in den vorangegangenen Jahren. Herr v. Lulacs galt immer als der mit mehreren Tropfen demokratischer Delts gesähte Ministerpräsident. Das machte ihn anscheinend zu einer so geeigneten vermittelnden Persönlichkeit zwischen den einander scharf gegenüber stehenden Richtungen der Arbeitspartei und dem Heerhaum der Herren Raikon und Juths. Insbesondere in der Frage der Wahlreform, die ja neulichst so sehr in den Vordergrund getreten ist, schien Lulacs von Juths kein allzu weiter Weg zu trennen. Darum atmeten alle friedliebenden Elemente mit dem Luge seiner Berufung auf. Der demokratische Konsenspunkt äußert seine gute Minnberpräsident und der halsstarrige ultrademokratische Parteiführer würden sich gewiß eher als jeder andere über die Grundlagen einer zeitgemäßen Ausdehnung des ungarischen Wahlrechts verständigen können. Über die Zeit vertram und die schöne Friedenshoffnung hat sich als eitle Chimäre erweisen.  
Herr v. Lulacs und Herr v. Juths unterhandelten unermüdet, aber je mehr sie unterhandelten, desto weiter schienen sich ihre Wege zu trennen. Und das, obwohl sie von demselben Grundgedanken ausgegangen waren. Nur über das Ausmaß des zu Gewährenden differierten ihre Meinungen, aber diese Differenz war groß genug, um alle beginnenden Verständigungsversuche im Keim zu ersticken. Herr v. Juths fordert ein wirklich demokratisches Wahlrecht, von dessen Segnungen er nur die Alphabeten ausgeschlossen wissen will. Herr v. Lulacs hingegen, sei es aus eigener Ueberzeugung, sei es im Einnormen mit der konservativen Masse der Arbeitspartei, die hinter ihm steht und allzu radikale Extraposten nicht duldet, will das Wahlrecht zwar bedeutend erweitern, aber doch gleichzeitig durch so viele Routelen nationaler und wirtschaftlicher Natur erschweren und einengen, daß von einem wirklich allgemeinen und gleichen Wahlrecht, wie es sich heute in Europa fast allenthalben durchgesetzt hat, nicht mehr die Rede sein kann. Herr v. Juths aber, man weiß das von seinen früheren Aktionen her, ist nicht der Mann, mit dem sich spassen läßt. Er hat sein Ultimatum gestellt, und niemand vermag seinen Trotz zu beugen. Eine Einigung ist aber unausweichlich im Interesse des neuen Wehrgesetzes, dessen Schicksale zwar augenblicklich etwas in den Hintergrund getreten sind, das aber schließlich doch der Ausgangspunkt und das Ziel all dieser verwickelten und erbitterten Kämpfe darstellt. Herr v. Juths findet die Gelegenheit, der Regierung, die ihre Wehrgelehrte braucht, vorher die demokratische Wahlreform abzumwingen, viel zu günstig, um von ihr auch nur ein Haarsbreite abzulassen, die Regierung wieder, unterstützt von der Arbeitspartei, insbesondere

deren scharf-reaktionärem Flügel unter dem Grafen Stephan Tizza, muß nach wochenlangem vergeblichen Unterhandeln zu der Ueberzeugung kommen, daß sie sich von dem Diktat des Häufleins der 30 Juthianer nicht ohne weiteres beugen darf, und hat auch ihren Entschluß, den Kampf zu erneuern, bereits in ungewöhnlicher Weise proklamiert. Also wieder technische Obstruktion, namentliche Abstimmungen, geschlossene Sitzungen, und wie all diese veraltet und amüßenden Pressionsmittel heißen mögen. Im

Rahmen der Hausordnung des ungarischen Parlaments ist es indes nicht leicht, alle Widerstände selbst der kleinsten zum Ausharren entschlossenen Fraktion mit verfassungsmäßigen Waffen zu brechen. Es wird also wohl nichts übrig bleiben, als daß auch die herausgeforderte Regierung ihrerseits zur Gewalt greift und entweder die Obstruktion zu belegen versucht, oder aber das Haus auflöst. Man wird sich vermutlich — zunächst — für das erstere entscheiden. Als Vorbote dieser Wächt erscheint schon die Antündigung

der (inzwischen vollzogenen) Demission des Parlamentspräsidenten Raog, eines Mannes, der zwar Parteidisziplin aber daneben auch ein verfassungsrechtliches Gewissen besitzt, und Bedenken trägt — selbst einem höheren Zweck zu Liebe, die Hausordnung derart auszulegen, wie es Herr v. Lulacs und seinen Getreuen augenblicklich angenehm wäre. Bei alledem drängt die Zeit. Wir sind im Mai und die Monarchie hat weder ein definitives noch ein provisorisches neues Wehrgesetz, denn auch die vorläufige Erhöhung des Mannschafstammes für ein Jahr (ohne oder mit zweijähriger Dienstzeit), stößt auf den erbitterten Widerstand der Juths-Gruppe, die nun einmal ihr Festhalten festhält und es keineswegs aus der Hand geben will. Die Rekrutierungen sind verschoben, werden sich indes wohl kaum noch lange verschieben lassen. Der Streit um das neue Wehrgesetz nagt bereits an den Grundfesten der Monarchie.

## Telephonischer Spezial- u. Nachtdienst

**Neue Kabinetsorder über das Offiziersduell.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 24. Mai. Eine neue kaiserliche Kabinettsorder über das Offiziersduell ist, wie die „Tägliche Rundschau“ aus höheren Offizierskreisen hört, voraussichtlich noch im Sommer dieses Jahres zu erwarten. Es dürfte sich dabei um eine Ergänzung der bekannten kaiserlichen Order vom Jahre 1897 handeln, die während dieser 15 Jahre sich in verschiedener Hinsicht als abänderungsbedürftig erwiesen haben soll. Man erwartet — und das ist im Hinblick auf den scharfen Zusammenstoß des Kriegeministers v. Seehering mit dem Zentrum über diese Frage von besonderem Interesse —, daß die neue Order eine weitere Einschränkung des Offiziersduells bezweckt und daß sie insbesondere Anweisungen enthält, wie in Ausnahmefällen, beispielsweise wenn religiöse Ueberzeugung das Duell verbietet, zu verfahren sei.

**Die Gebrüder Mannesmann.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Paris, 24. Mai. Der „Liberte“ zufolge hält man es für wenig wahrscheinlich, daß zwei Brüder Mannesmann in Tatabant eingeschlossen seien. Von den vier Brüdern befände sich Alfred Mannesmann auf seiner Besitzung in Castablanca, Reinhard Mannesmann halte sich gegenwärtig in Madrid auf, wo er erst kürzlich vom König empfangen worden sei, und die beiden Brüder Otto und Robert Mannesmann sollen gegenwärtig im Sugesbiet reisen, doch sei ein Anzeig gegen sie nicht unternommen worden. (Siehe „Merkur“.)

**Der Generalstreik in London.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
London, 24. Mai. Die Zahl der ausständigen Verlober und Transportarbeiter, die mit der Aushungerung Londons und einem mehrwöchigen Generalstreik drohen, beträgt nunmehr bereits 175 000. Nur einige Wagen mit Lebensmittel verkehren in den Straßen der Stadt und werden von berittenen Polizisten geführt. Laufende Tonnen von Lebensmitteln werden im Hafen verladen. 150 Schiffe liegen im Hafen und harrn vergebens der Entladung. Die Vorräte an Petroleum reichen nur für 14 Tage. Der Verkehr von Automobilen und Omnibussen nimmt bereits ab. Der Zustand der Eisenbahnen gilt als nahe bevorstehend. (Siehe „Arbeiterbewegung“.)

**Der Regehrustand auf Cuba.**  
Washington, 23. Mai. Die bei dem Staatsdepartement aus Cuba eingelaufenen Meldungen lauten pessimistisch. Die Regierung ist anscheinend nicht imstande gewesen, die Stärke und die Zahl der Aufständischen richtig einzuschätzen. Die cubanischen Militärbehörden geben zu, daß die Lage ernst ist, glauben aber, daß die Dinge Herr werden können. Eine Anzahl von Kongreßmitgliedern hat sich nach den unruhigen Gebieten begeben, um die Regehrustand zu stimmen.

**Aus dem Bundesrat.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 24. Mai. In der gestern abgehaltenen Bundesratsung wurde dem Entwurf der Tabaksteuerordnung und der Vorlage betr. die Einrichtung von Sammelkarten und die Vernichtung der Quittungsscheine die Zustimmung erteilt. Angenommen wurde die Vorlage betr. die Grundzüge zur Auslegung des Reichsstempelgesetzes, die Vorlage betr. die Stempelabgabe für ein Ausland auf das Inland gezogene Beschele, die Vorlage über die Grundzüge für die Festsetzung des Durchschnittsertrages der Zuckergewinnung für einschickungsberechtigte Gemeinden, die Vorlage betr. die Ausdehnung der Bundesratsbeschlüsse vom 8. Mai 1905 und 8. Mai 1906 auf das Personalverhältnis der Direktoren, Elementarlehrer und Lehrerinnen bei der Heeres- und Marineverwaltung.

**Der Neupost.**  
Neupost, 24. Mai. Der Transportdampfer „Prairie“ geht mit 1085 Mann nach Cuba. Zwei andere Transportschiffe mit Raum für 5000 Mann werden bereitgehalten. Zwei Punkte sind für die Landung ausersehen, falls Gomez nicht sofort des Aufstandes Herr wird.

**Die Berliner Opernhausfrage.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 24. Mai. Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten fand gestern eine neue Konferenz in der Frage des Opernhausneubaus statt, da der Kaiser mit dem Ministerium beschlossenen allgemeinen Bestimmungen nicht ganz einverstanden ist. Die Regierung will nun versuchen, zusammen mit den Künstlern — an der Konferenz nahmen Vertreter der Architekten teil — eventuelle Modifikationen vorzunehmen.

**Washington, 24. Mai.** Das Staatsdepartement erklärt, daß die Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe nach Guantanamo auf Cuba keine Invasion der Vereinigten Staaten, sondern eine reine Vorsichtsmaßregel zum Schutze der amerikanischen Staatsbürger bedeute.

**Änderungen in der Redaktion der „Kreuzzeitung“.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 24. Mai. Die „Kreuzzeitung“ teilt mit, daß mit Rücksicht auf Änderungen in ihrem Geschäftsbetriebe der jetzige Chefredakteur des Blattes, Ministerialdirektor a. D. Dr. Herms, auf seinen Wunsch aus seiner Stellung ausgeschiedet.

**Die letzte Bekannte Goethes †.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Erfurt, 24. Mai. In vergangener Nacht starb im 89. Lebensjahre Frau Julie Riemschneider, geborene Salzmann. Die Verstorbene galt als die letzte Bekannte Goethes; sie hatte in dessen Garten in Weimar, wo sie geboren ist, immer mit „Onkel Goethe“ gepielt.

**Zehr. v. Rechenberg Gesandter in Athen.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 24. Mai. Für den Gesandtenposten in Athen ist, wie wir hören, der Gouverneur v. D. v. Rechenberg in Aussicht genommen.

**Bluttau einer Witwe.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Hamburg, 24. Mai. In der Kumpelkammer der Wohnung der Witwe Hebecke am Köhlingsmarkt wurde die Leiche ihres Meisters, des 35-jährigen Kaufmanns Gens, mit einer Schußwunde aufgefunden. Die Witwe, die gestern anscheinend einen Blutsturz erlitten hatte und in das Krankenhaus gebracht worden war, gestand, Gens durch einen Schuß in den Rücken getötet und sich dann selbst in den Mund geschossen zu haben. Sie habe die Tat verübt, weil sie Gens fortgesetzt zu erpressen versucht habe.

**Ende des Metallarbeiterstreiks.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Frankfurt a. M., 24. Mai. Eine heute vormittag abgehaltene, von 4000 streikenden Metallarbeitern besuchte Versammlung beschloß, die Würnburger Bedingungen anzunehmen: Sechsstündige Arbeitszeit bei einer Lohnhöhe von 2 1/2 pro Stunde. Die Arbeit wird am nächsten Mittwoch wieder aufgenommen. Der Metallarbeiterstreik ist damit beendet.

**Wieder ein Auto-Unglück.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Wag, 24. Mai. Bei Rokhzen rannte ein Automobil mit 4 Insassen aus Wag gegen einen Baum. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Einer davon ist tot, die anderen sind schwer verletzt.

**Französische Zustände.**  
(Eigener Drahtbericht.)  
Paris, 24. Mai. In Lyon wurde ein Beamter des Arsenals von mehreren Hundert Arbeitern des Kriegsbüros angegriffen und schwer mißhandelt. Auch die Gendarmen, die den Beamten befreien wollten, wurden überwältigt und mißhandelt. Da ähnliche Vorfälle sich seit einiger Zeit wiederholt ereignet haben, beschloß der Senat, die Anführer der meuterischen Bewegung streng zu bestrafen.

**Berlin, 24. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Freisinnige Zeitung“ erfährt, ist wieder dem Telegraphensekretär Briz noch der Reichspostverwaltung etwas von der Erhebung einer Anklage gegen Briz wegen Dienstvergehens bekannt.

Weitere Depeschen siehe „Letzte Nachrichten“.

**Die Verständigung zwischen Juths und Kossuth.**  
Budapest, 23. Mai. Die Juthspartei hat gestern spät abends zwei ihrer Mitglieder zur Kossuthspartei geschickt und um ihre Unterstützung zur Befämpfung der von der Mehrheit begangenen Hausordnungsverletzungen gebeten. Apponzi erklärte, daß auch die Kossuthspartei gegen die so strenge Handhabung der Hausordnung Stellung nehmen wolle. Von einem förmlichen Zusammengehen mit der Juthspartei könne jedoch keine Rede sein, da die Kossuthspartei mehr den Standpunkt Juths in der Frage der Wahlreform noch die technische Obstruktion billige. Die Juthspartei erklärte sich hierauf bereit, die technische Obstruktion einzustellen und die infolge der Obstruktion seit dem 25. November 1911 unterbrochene Beratung über die Wehrvorlage schon heute fortzusetzen. Gegen die Anwendung der Hausordnung werden von allen oppositionellen Parteien vor dem Eingehen auf die Tagesordnung Einspruchserklärungen abgegeben werden. Da in der Juthspartei die Meinung besteht, die bisherige schroffe Haltung in der Wahlrechtsfrage aufzugeben, hat die Kossuthspartei sich bereit erklärt, über ein gemeinsames Wahlrechtsprogramm in Verhandlungen einzutreten. Es scheint, daß in der Opposition die gemäßigte Kossuthspartei die Führung an sich reißt, was das Ende der Obstruktion bedeuten würde.

## Rundschau.

**Raumann über die Elsaß-Lothringische Verfassungsfrage.**  
In der „Hilfe“ verbreitet sich Raumann über die Vorgänge der letzten Zeit, um zu folgendem Schluß zu kommen:  
„Gegenüber den Elässern brachte der Reichskanzler einen kräftigen und notwendigen Hinweis, daß es von ihnen sinnlos und gefährlich ist, ihrerseits jetzt an der Verfassung rütteln zu wollen, indem sie noch weitere Autonomie fordern. Wenn die Elässer ihre neue Verfassung behalten wollen, müssen sie sich mit ihr abfinden, so wie sie ist. Das mag gegenüber der nationalföchtigen Agitation seine Haken haben, aber es hilft nichts: wer selber die Verfassung nur als vorübergehenden Aushilfszustand ansieht, kann auch von der Reichsregierung nicht verlangen, daß sie unwandelbar fest bleibt. Beide Teile müssen das erreichte als festen Untergrund betrachten lernen. Das gilt für den Kaiser und für die Elässer-Lothringer.“

**Der neue Erzbischof von Bamberg.**  
Harrer Hauck, auf den die Wahl des Prinzregenten nunmehr gefallen ist, gehört der Erzdiözese seit etwa 20 Jahren an. Geboren 1861 in Miltenberg in Unterfranken, absolvierte er seine philosophischen und theologischen Studien in Würzburg und wurde dort 1883 zum Priester geweiht. Nach mehrjähriger Tätigkeit in der äußeren Seelsorge wurde er zum Präfeften des Studienseminars in Würzburg ernannt und 1896 wurde ihm die Elässers-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 16 Seiten.





